
Teil 12– 2023

Palermo, 28. Juni 2023

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte und die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni haben während eines Besuchs des tunesischen Präsidenten Kais Saïed das **gemeinsame Vorgehen gegen die Bewegungen der Migration** betont: Schwerpunkte des Treffens waren u.a. die „Bekämpfung der Schleuserkriminalität“ und die „Unterstützung des Grenzmanagements“ Tunesiens. In der Praxis haben diese Ansätze **Gewalt und Misshandlungen gegenüber Fliehenden** zur Folge, die dann auf noch gefährlichere und oft tödlichere Fluchtrouten ausweichen müssen. Auch die **deutsche Innenministerin Nancy Faeser** besuchte den tunesischen Präsidenten, um Abkommen zu schließen, welche die sog. „Arbeitsmigration“ von Tunesien nach Deutschland erleichtern sollen.

Über die Verdichtung der Zusammenarbeit zwischen Tunesien und Italien berichteten wir u.a. [hier](#) und in der [Central Med Info Mai](#). Der tunesische Präsident **Kais Saïed** erklärte während eines Treffens mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Rande des Pariser Gipfels für einen neuen globalen Finanzpakt nun, – entgegen den erklärten Zielen der EU, die Bewegungen der Migration bereits auf dem afrikanischen Territorium zu blockieren – dass **Tunesien kein Raum sei, den die EU mieten oder kaufen könne**. Tunesien werde niemals zustimmen, die Grenzen eines anderen Landes zu bewachen, noch die Ansiedlung von Migrant*innen auf dem eigenen Territorium akzeptieren. Diese Äußerung steht im Widerspruch zu den optimistischen Aussagen europäischer Politiker*innen über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und Tunesien hinsichtlich Migrationskontrolle und Abschottung (sog. Externalisierung der EU-Grenze, siehe [EU-Asylkompromiss](#)), welche von finanziellen Anreizen für Tunesien getragen wird. Die EU erklärte sich bereit, sofort 150 Millionen an Budgethilfe und

105 Millionen für die „Steuerung der Migrationsströme“, davon 60 Millionen für Grenzkontrollen, für Tunesien zu mobilisieren, wenn dort die Abreise von Fluchtbooten blockiert und die Abschiebung von Migrant*innen und Geflüchteten vereinfacht wird.



Das Banner auf Arabisch: Wir Frauen, Kinder und Männer wollen die sofortige Evakuierung aus Tunesien. Nein zu Rassismus, nein zu Rechtsverletzungen, nein zur Vertreibung. Evakuierung aus Tunesien. Befreiung der Gefangenen. Foto: Nicoletta Alessio detto Grassi

Tunesien befindet sich in einer starken wirtschaftlichen und sozialen Krise und tritt zunehmend rassistisch und menschenfeindlich auf und ist daher **kein sicheres Land für Schutzsuchende!**

Bilaterale Beziehungen zwischen Italien und Frankreich

Nach den letzten Unstimmigkeiten (siehe [Scirocchi](#) der ersten Jahreshälfte 2023) haben sich Italien und Frankreich offenbar wieder angenähert. Die italienische Präsidentin Giorgia Meloni und der französische Amtskollege Emmanuel Macron betonten nun die **Freundschaft der beiden Länder** und vereinbarten eine starke Zusammenarbeit, u.a. im Bereich der Migrationspolitik und Verteidigung. Auch in Hinsicht auf Kooperationsvereinbarungen mit Tunesien verfolgten die beiden Staaten nun gemeinsame Ziele. Meloni erklärte: „Präsident Macron hat über Tunesien, aber auch über Libyen gesprochen. Wir arbeiten für konvergente Ziele. Aber auch bei der europäischen Verteidigungs- und Souveränitätsstrategie sind wir uns oft einig“. Mit der Überwindung diplomatischer Krisen zwischen den beiden Staaten tritt nun auch zwischen Frankreich

und Italien das **Sicherheits- und Kontrollparadigma der EU** stärker hervor, das gegenwärtige Verhandlungen im Bereich Migration- und Militärpolitik leitet.

EU-Vertreter*innen besuchen Lampedusa

Eine Delegation aus elf Abgeordneten des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten des EU-Parlaments reiste nach Lampedusa, um mit den italienischen Behörden und anderen Akteuren über die zentrale Fluchtroute des Mittelmeers und die Aufnahmebedingungen von Migrant*innen und Geflüchteten in Italien zu diskutieren. An den Gesprächen haben sich u.a. der Bürgermeister von Lampedusa, Filippo Mannino, der Präfekt von Agrigento, Filippo Romano, und der Präfekt Francesco Zito, Direktor für Einwanderungs- und Asylpolitik des Innenministeriums, beteiligt. Die Delegation nahm an einer Such- und Rettungsdemonstration der Guardia Costiera (italienischen Küstenwachen), einem Treffen mit Frontex und an einer Führung durch den Hotspot auf Lampedusa teil. Darüber hinaus traf sie sich mit Vertreter*innen ziviler Seenotrettungsvereine und anderer internationaler Organisationen. Der Besuch fand vor dem Hintergrund der Arbeit des Europäischen Parlaments zum Neuen Pakt zu Migration und Asyl, einer weiteren Aushöhlung des europäischen Asylrechts, und nur wenige Tage nach dem tragischen Schiffsunglück in Pylos (Griechenland), bei dem bis zu 600 Menschen ihr Leben verloren, statt. **„Bislang haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten keinerlei Absicht gezeigt, aus den vergangenen Jahren zu lernen und das Sterbenlassen im Mittelmeer zu beenden.** Stattdessen verschärfen sie ihre tödliche Politik der Abschottung. Erst letzte Woche, am 8. Juni, einigte sich der Rat der Europäischen Union auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), was zu einer massiven Aushöhlung von Grundrechten wie dem Recht auf Asyl oder dem Recht, sich frei zu bewegen, führen wird“, heißt es in einem [offenen Brief von über 180 Menschenrechtsorganisationen](#) und Initiativen zusammen mit Tima Kurdi, Tante von Alan Kurdi (die Bilder des nach einem Schiffbruch

toten angeschwemmtem Zweijährigen gingen 2015 um die Welt).

Open Arms vs. Matteo Salvini

Der [Prozess der Open Arms](#) gegen den ehemaligen italienischen Minister Matteo Salvini, der wegen Unterlassung von Amtshandlungen und Entführung aus dem Jahr 2019 angeklagt ist, ging weiter. Salvini hatte als Innenminister die spanische NGO mit 147 Migrant*innen und Geflüchteten an Bord mehr als zwei Wochen warten lassen, bevor sie in einem sicheren Hafen anlegen konnte.



"Lass die Minderjährigen an Land gehen!" - Plakat von Open Arms mit M. Salvini (li.) und G. Conte (damaliger Ministerpräsident) zur Rettung 2019

Nun wurden Oscar Camps (Gründer von Open Arms), Inas Urrosolo Martinez De Lagos (Arzt an Bord der Mission 65) und Ricardo Barriuso Leoz (Erster Offizier auf dem Schiff zum Zeitpunkt der Ereignisse) als Zeug*innen verhört. Auf der Suche nach einem sicheren Hafen war die NGO Open Arms auch mit **deutschen und französischen Behörden in Kontakt**, um die auf dem Boot befindlichen Personen nach Italien bringen zu können, damit sie dann innerhalb der EU verteilt werden. Dieser EU-Verteilungsmechanismus kann nach wie vor nur auf Antrag eines Mitgliedstaates aktiviert werden. Die vollständigen Schreiben von Camps an die damalige

deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel können [hier](#) nachgelesen werden.

Soumahoro fordert Untersuchungsausschuss

Anlässlich des Weltflüchtlingstages hat der italienische Abgeordnete [Aboubakar Soumahoro](#) einen Gesetzentwurf zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über das Aufnahmesystem für Drittstaatsangehörige, Asylsuchende und/oder Personen mit internationalem Schutzstatus eingereicht. Soumahoro erklärte, dass er dafür den Weltflüchtlingstag gewählt habe, „um einmal mehr den **Wert des menschlichen Lebens** in den Mittelpunkt zu stellen. Vor allem jene Leben, die die "Festung Europa" im Namen des Schutzes der Grenzen (...) für entbehrlich hält“.

Situation der Geflüchteten

Das [Ciac \(Zentrum für Einwanderung, Asyl und internationale Zusammenarbeit\)](#) in Parma warnt vor den Folgen des sog. „Piantadosi-Gesetzes“, welches das Asylrecht stark einschränkt und das öffentliche Aufnahmesystem quasi auflöst und dadurch **tausende Menschen in die Unsichtbarkeit drängt**: Durch dieses Gesetz sei die Zahl der sozial und rechtlich stark gefährdeten Migrant*innen in der Region Parma allein innerhalb der letzten Monate von 350 auf über 700 Personen angestiegen.

Derzeit wird gegen [sieben Manager*innen einer Genossenschaft](#), die in Ancona Migrant*innen aufnimmt, wegen Betrugs ermittelt: Sie sollen über den Verbleib der Gäste gelogen haben, um weiterhin die vom Staat bereitgestellten Mittel zu erhalten und selbst einzukassieren. Nach Schätzungen beläuft sich die hinterzogene Summe auf 1 Million Euro. Weiterhin ist das Business in der Aufnahme anscheinend eine gute Einnahmequelle.

Aufnahme an der Nordgrenze

In einer gemeinsamen Vereinbarung haben sich die Caritas Ambrosiana Stiftung von Mailand und die Präfektur von Lecco für die **flexible Aufnahme von**

Migrant*innen und Geflüchteten unter menschenwürdigen Bedingungen ausgesprochen, – dies sollte nicht extra betont werden müssen – die der Provinz zugewiesen werden. Grundlegende Dienstleistungen wie Nahrung, Unterkunft, Kleidung und medizinische Versorgung werden dadurch zukünftig von der Caritas bereitgestellt. Diese Vereinbarung ruft eine **Clearingstelle für die vorübergehende Aufnahme** von Migrant*innen und Geflüchteten in Notsituationen ins Leben, ist jedoch keine langfristige Lösung. Der Präfekt von Lecco, Sergio Pomponio, bezeichnete die Vereinbarung als „ein greifbares Beispiel für die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen und Organisationen des Dritten Sektors“.

Hotspot von Lampedusa

Das Italienische Rote Kreuz (CRI) hat angekündigt, **mehr Personal im Hotspot Contrada Imbriacola auf Lampedusa** einzusetzen, nachdem es am 1. Juni 2023 die Verwaltung der Erstaufnahmeeinrichtung übernommen hat.



*Fähre von Lampedusa bringt Migrant*innen nach Sizilien*

Der Kooperative Badia Grande, die in den vorangegangenen 15 Monaten für die Verwaltung der Einrichtung zuständig war, wurde die Leitung aufgrund von Führungsunfähigkeit und schlechter Behandlung der Bewohner*innen entzogen (wir berichteten [hier](#)). „Wir haben versucht, die Unterkunft so zu organisieren, dass sie von Beginn an dazu

beiträgt, die Würde der [ankommenden] Menschen wiederherzustellen. Das ist eine der Säulen des Roten Kreuzes: die Wiederherstellung von familiären Beziehungen", erklärte [Francesca Basile](#) vom CRI. Auf einer Pressekonferenz am 7. Juni sprach das CRI davon, den Hotspot zukünftig mit 70 bis 80 Mitarbeitenden auszustatten, darunter Angestellte, Freiwillige und Fachpersonal aus den Sektoren Medizin, Gesundheit und Kulturvermittlung. Diese Neuerungen sind zu begrüßen. Allerdings bleibt abzuwarten, auf welche Weise sie umgesetzt werden und ob dadurch der Alltag im Hotspot von Lampedusa tatsächlich (neu)strukturiert wird.

Etwa zur gleichen Zeit entschied der [Präfekt Valerio Valenti](#), der zum Beauftragten für den sog. „Einwanderungsnotstand“ ernannt wurde, dass es zukünftig **zusätzliche Schiffsverbindungen zwischen Lampedusa und Porto Empedocle und Pozzallo** (beides Sizilien) geben werde. Von einem Transfer bis zu 400 Menschen pro Tag ist die Rede. Somit soll gewährt werden, dass ankommende Migrant*innen und Geflüchtete lediglich für eine kurze Zeit – max. einer Woche – auf Lampedusa bleiben, bevor sie auf das Festland verlegt werden. Entgegen der Annahme, dass Italien derzeit mit einem Notstand konfrontiert sei, stellt die Ankunft von Schutzsuchenden seit vielen Jahren einen Normal- und keinen Ausnahmezustand dar, der mit entsprechender Planung und Logistik kein Problem darstellen würde (siehe [hier](#)).

Neuer UNICEF-Bericht über Minderjährige auf der Flucht

Laut des UNO-Kinderhilfswerks UNICEF seien seit 2014 mehr als 100.000 unbegleitete ausländische Minderjährige über das Mittelmeer in Italien angekommen, 6.000 davon allein in diesem Jahr. Diese Zahlen seien jedoch unvollständig, da die weder minderjährigen Geflüchtete aus der Ukraine noch unbegleitete minderjährige Migrant*innen, die über die Landgrenzen, hauptsächlich über die Balkanroute, nach Italien kamen, berücksichtigen. „Allein auf der zentralen Mittelmeerroute, nach wie vor eine der gefährlichsten, sind seit 2014 schätzungsweise mehr als 21.000 Menschen ums Leben gekommen, mehr als

1.000 allein in diesem Jahr, darunter viele Kinder“, heißt es in dem neuen Bericht "[The State of the World's Children 2023](#)". Minderjährige und Frauen seien dabei nach wie vor am stärksten von Ausbeutung und Gewalt auf allen Etappen der Flucht betroffen.

Tunesisches Tagebuch, Teil 3

Die Proteste der Migrant*innen in Tunesien

In diesem neuen Tagebucheintrag unserer Mitarbeiterin Ludovica Gualandi vor Ort geht es um



die [Proteste der Geflüchteten in Tunis](#) und ihre *Foto: Luca Ramello, Tunis*

Forderungen, aufgrund der massiven rassistischen Übergriffe entweder in sichere Staaten ausgeflogen oder in die Heimatländer gebracht zu werden.

**Weitere Informationen zur Situation in Italien –
sehen Sie unter 'Projekte' auf unserer [Homepage](#) sowie in
den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).**

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.